



13. April 1931

CARL MIERENDORFF • TOLERIEREN — UND WAS DANN?



ALS sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach langen Beratungen Anfang Oktober 1930 entschloß die Regierung Brüning nicht zu stürzen sondern sie zu "tolerieren", war es der Sinn dieser Taktik Zeit zu gewinnen, Raum für Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahren, die der deutschen Demokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung jählings erwachsen waren. Zumindest sollte dadurch auch ein besserer Ausgangspunkt für den Kampf mit den in nationalsozialistischem Gewand auftretenden Reaktionären gewonnen werden. Ein halbes Jahr ist seitdem ins Land gegangen. Was ist in dieser Hinsicht geschehen? Man braucht die Wandlung der Situation der Nationalsozialisten und die Auswirkung der Verhältnisse in ihrem eignen Lager gewiß nicht zu unterschätzen, man wird auch zugeben, daß ohne die Fernhaltung der Nationalsozialisten von der Regierungsbeteiligung diese Wandlung vielleicht nicht in dieser Weise eingetreten wäre. Aber genügt dieser Effekt schon zur Rechtfertigung der Taktik der Toleranz? Grade im Hinblick auf die enorme Größe der nationalsozialistischen Gefahr (die der 14. September 1930 nicht etwa heraufbeschworen sondern nur sichtbar gemacht hat) muß ernsthaft die Frage gestellt werden: Was hat die von der Sozialdemokratie tolerierte Regierung aktiv zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben (Überwindung der Krise als Voraussetzung zur Überwindung der akuten nationalsozialistischen Gefahr) unternommen? Heinrich Brüning hat sein Haus bestellt. Nicht nur schön und gut sondern unbestritten sehr wichtig als Voraussetzung für alles weitere. Brüning hat damit zugleich auch die Aufgabe gelöst Zeit zu gewinnen. Er hat das Land durch einen Winter schlimmster Not gebracht, vor dem auch Leute mit starken Nerven bangten. Auch das sei ihm als hohes Verdienst vorbehaltlos zugestanden. Aber wie weiter?

In dieser Zeit, die gewonnen wurde, hat das Hakenkreuz viel von seinem Nimbus verloren; die Psychose des Nationalsozialismus scheint etwas nachzulassen. Damit ist auch politischer Raum wiedergewonnen: ein wichtiger Zuwachs an der seit dem 14. September 1930 so stark beschränkten Bewegungsfreiheit. Wenn die Politik der Toleranz für die Sozialdemokratie nicht

allen Sinn verlieren soll, kann und muß sie verlangen, daß diese Vermehrung der Handlungsfreiheit nunmehr mit aller Macht eingesetzt wird, um das Hauptproblem anzupacken: die Überwindung der Krise. Geschieht das nicht, dann waren alle Opfer (riesige Opfer der Entbehrung für die arbeitende Bevölkerung), die bis jetzt gebracht wurden, sinnlos und umsonst.

Hätte man den Eindruck, daß bei Brüning in dieser Hinsicht alles in bester Ordnung ist, so bestünde kein Grund diese Frage überhaupt zu erörtern. Leider aber bietet sein Verhalten Anlaß zur Sorge. Schon zu Beginn dieses Jahres, am 19. Januar, ließ Carl Severing in den Sozialistischen Monatsheften den Ruf nach »Politik« ertönen. »Laßt uns wieder zur Politik zurückkehren«, lautete seine Forderung. Und er verstand darunter:

»Je mehr die Tagesströmungen die Sinne verwirren, desto klarer haben die verantwortungsbewußten Stellen es auszusprechen, daß die am schwersten drückende Sorge unserer Innenpolitik: die Wirtschafts- und Finanznot, nicht behoben werden kann, wenn es uns nicht gelingt die Welt von unserer Friedensliebe zu überzeugen. Im Zusammenarbeiten mit Frankreich geben wir der Welt die sicherste Garantie unserer Friedensliebe, uns aber auch selber die Gewähr des Friedens. Und darüber hinaus kann eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich uns unmittelbare Milderungen unserer Wirtschaftsnot bringen: nicht nur durch Gewährung von Anleihen zu günstigen Bedingungen sondern auch durch Aufträge an unsere Industrie.«

Mit Sorge und Nachdruck muß heute dieser Ruf nach Politik wiederholt werden. Wo bleibt sie, muß man fragen, und wo bleibt speziell *diese* Politik (als die einzige, die überhaupt in Frage kommen kann)? Wir warten vergeblich darauf. Reich gesegnet war dieses erste Viertel des Jahres an Verwaltungsmaßnahmen, die, es sei wiederholt, als nötig anerkannt sein mögen. Aber es sind doch nur die Voraussetzungen. Wo bleibt die Politik?

Eine Zeitlang schien es, als bahne sich die Wendung der deutschen Politik an. Es war wie ein Anlauf, als der Reichskanzler in Wort und Geste zum Ausdruck brachte, er sei nicht gewillt sich dem Druck der von den Nationalsozialisten aufgepeitschten Stimmungen anzupassen. So bei seiner Ostreise und so auch bei seiner Etatsrede im Reichstag Anfang Februar, als er, zwar noch immer von der »Revision« redend, doch sehr vernehmbar seine Selbständigkeit in der Einleitung der Revision unterstrich. Es konnte de facto als Absage an das Revisionistengeschrei aufgefaßt werden. Es konnte. Allein wo blieb der weitere Schritt, die positive Tat? Vergebens wartete man. Statt dessen kam die Überraschung mit der geplanten Zollunion Deutschland-Österreich, die, wenn sie wirklich als Einleitung einer solchen Politik gedacht war, bestimmt die schlechteste Einleitung war, die man sich denken kann. Der Soir nannte am 25. März das Abkommen einen »Donnerschlag«, der die Position der verständigungsfeindlichen Minderheit in Frankreich stärken und dem Nationalismus neue Nahrung geben werde, und fuhr fort: »Glaubt man, daß dies die Art wäre, um finanzielle und wirtschaftliche Beihilfe zu erringen? Die Leiter der deutschen Außenpolitik zeigen, daß sie nicht vom wahren Geist des Friedens beseelt sind. Sie haben auf den Krieg verzichtet, aber nicht auf die Herrschaftsgelüste. Sie verstehen nicht die Organisation Europas als eine Vereinigung der Länder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Sie wollen einen Wirtschaftsblock schaffen, in dem Deutschland den maßgebenden Einfluß ausübt. Diese Auffassung schafft naturgemäß die alten Antagonismen wieder, wie sie im Vorkriegseuropa bestanden. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht diesen Geist zu bekämpfen. An ihr ist es die deutsch-französische Verständigung zu retten.«

Nicht aus Ideologie wird man diese Mahnung in den Reihen der Sozialdemokratie und ihrer Führung sehr ernst nehmen müssen sondern aus sehr

nüchternen Erwägungen heraus. Das nächste halbe Jahr ist von entscheidender Bedeutung für das Kabinett Brüning, für die Politik des Tolerierens und für die Zukunft des ganzen deutschen Volks. Mit allem Ernst müssen deshalb noch einmal alle, die es angeht, gemahnt werden Sorge zu tragen, daß das Entscheidende geschieht: die Wendung nach Frankreich. Der Plan von der Zollunion läßt immerhin den Schluß zu, als wachse auch bei Brüning die Einsicht, daß seine Hauptaufgabe, die Überwindung der Krise, unlösbar bleiben muß, solange die Lösung isoliert versucht wird. Dann wird es jetzt auf die Erkenntnis ankommen, daß man aufs Ganze gehen muß, weil alle Anstrengungen nur dann von Erfolg gekrönt sein werden, wenn der magische Kreis gesprengt, und in europäischem Rahmen die Lösung angestrebt wird. Die Zeit drängt. Wann wird Brüning handeln? Mit nicht mißzuverstehender Bestimmtheit hat jetzt der preußische Ministerpräsident Genosse Otto Braun gesagt, was von der Innenpolitik her gesehen als die Forderung des Tages zu gelten hat. Nach einer Meldung der Telegraphenunion vom 21. März 1931 ging er »in einer Unterredung mit dem außenpolitischen Mitarbeiter des *Matin* unter anderm auch auf die Reparationsfrage ein«:

»Dabei wies Braun darauf hin, daß der Zeitpunkt kommen werde, in dem die Franzosen etwas forderten, was Deutschland nicht mehr habe: nämlich Geld. Deutschland besitze Arbeitskraft und Fertigwaren. Braun schlägt deshalb vor, daß Frankreich stärker auf die deutsche Arbeitskraft und den Bezug von Fertigwaren zurückgreife. An dem Tage, an dem es unmöglich sein würde die Arbeitslosen zu ernähren, werde ein Sturm über Deutschland hinwegfegen, gegen den man nichts ausrichten könne. Daher sei immer wieder die wahre Hoffnung die auf eine aufrichtige Verständigung mit Frankreich.«

Hat man in der Reichskanzlei diese Worte überhört? Sie sind klar und deutlich. Eine Plattform: Arbeit statt Geld. Es ist die Lösung, die hier stets gezeigt wurde. Eine Verständigung mit Frankreich in dieser Frage, unter dem Gesichtswinkel der Krisennot, ist ein Programm, das in seiner Realistik turmhoch über dem Revisionsgeschwätz und der verworrenen Planlosigkeit steht, die nach wie vor die deutsche Öffentlichkeit beherrschen. Wird der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik (und das muß der Reichskanzler, das darf nicht das Auswärtige Amt sein) diese klare Forderung des verantwortlichen Innenpolitikers des größten deutschen Landes wenigstens zum Anlaß für eine Entscheidung nehmen?

Die Stunde ist ernst. Müssen wir erst wieder einmal durch Schaden klug werden? War ein Ruhrkrieg uns noch nicht Lehre genug rechtzeitig das Richtige zu tun? Heinrich Brüning hat jetzt die Gelegenheit zu beweisen, daß er wirklich der Kanzler von politischem Format ist, den man hinter ihm vermutet. Wenn irgendjemand seit Gustav Stresemanns Tod die moralische Voraussetzung für eine solche Politik mitbringt, dann Brüning. Was hindert ihn daran diesen Weg zu gehen? 6 Monate größter Bewegungsfreiheit hat er vor sich. Nichts kann ihn hindern, wenn er wirklich handelt.

Selten hat auf einem Staatsmann größere Verantwortung vor Volk und Geschichte gelegen als auf Brüning in den Wochen, die wir jetzt durchleben. Er hat Opfer verlangt, beispiellose Opfer. Sie sind gebracht worden. Er kündigt neue, nicht weniger harte an. Er wird sie sicherlich auch bekommen. Aber nur das Ergebnis kann solche Opfer rechtfertigen, nur der Enderfolg kann sie sinnvoll machen. Es steht aber mit einer mathematisch zu nennenden Sicherheit fest, daß ihm der Erfolg versagt bleibt, wenn nicht rechtzeitig der Mut zu einer großzügigen Verständigung mit Frankreich gefunden

wird, die den Aufbau des Vereinigten Europäischen Kontinents einleitet. Die bisher festgehaltene "Orientierung" des Auswärtigen Amts hat Mißerfolg über Mißerfolg gebracht, indem sie uns bewußt von Frankreich wegführte, die Kluft auf dem Kontinent erweiterte, die deutsche Wirtschaft nicht gesunden ließ. Sie brachte uns dazu äußere Enttäuschungen wie die der letzten Tage. Jetzt ist die Zeit sich endlich *richtig* zu orientieren. Durch die Erschütterung des Glaubens an die nationalsozialistischen Rezepte ist Brüning heute auch in seinem Handeln freier denn je. Jetzt geht es nur noch um den Entschluß. Führung lautet die Parole. Brüning muß die Zügel in die Hand nehmen, um die Fahrt anzutreten. Zögert er, dann ist es Pflicht der Sozialdemokratie sie ihm in die Hand zu drücken. Mit Besorgnis registriert man unter der Fülle der für die Sommerpause in Aussicht genommenen Regierungsmaßnahmen ausschließlich solche der gewohnten fiskalischen Natur. Das ist Verwaltung, keine Politik. Das ist administrativer Schematismus, kein schöpferischer politischer Gedanke, der kühn den verhängnisvollen Zirkel sprengt. Die Sozialdemokratie wird mit höchster Wachsamkeit alle Vorgänge verfolgen müssen, um rechtzeitig einzugreifen. Es kann nicht der Sinn des "Tolerierens" sein einfach hinzunehmen, was von "oben" geschieht. Die Grenzen der Tolerierung liegen dort, wo durch Fehler oder Unterlassungen ihr Erfolg in Frage gestellt wird. Wenn die Sozialdemokratie vor sich selbst unbelastet dastehen will, wird sie dartun müssen, daß sie weder bedingungs- noch ziellos sich zu dieser Taktik entschlossen hat. In diesem Sinn ihr ganzes Gewicht in die Wagschale zu werfen ist das Gebot der Stunde.

RICHARD KLEINEIBST · EUROPÄISCHE ZOLL- UNION



NIETS kennzeichnet die außenpolitische Unkenntnis und Desorientiertheit deutscher Politiker und politischer Publizisten so sehr wie die (bei einem großen Teil doch wohl nicht gespielte) Überraschung über den Sturm, den der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion in Europa erregt hat. Der Blick der meisten Deutschen endet im günstigsten Fall an der Grenze des Landes und vorher meist noch an der Mauer kritiklos übernommener außenpolitischer Parolen. Unbelehrt über das, was draußen vorgeht, läßt das deutsche Volk sich gängeln, es glaubt heute das und morgen das Gegenteil, so wie es ihm von gleichgestimmten Seelen und ähnlich uniformierten Köpfen allmorgendlich zum Frühstück und (wir sind ja so stolz auf unser Tempo) allstündlich neu aufgewärmt vorgetischt wird. Diese glaubwillige Bereitschaft war das Unglück in der Vorkriegszeit, sie ist die größte Gefahr seit 1918.

Dem Plan des deutsch-österreichischen Zollzusammenschlusses wie der Art seiner Konzipierung und "Verlautbarung" ist ein positives Verdienst nachzurühmen: Er hat Europa aus seinem Hindämmern in gewisser Selbstzufriedenheit geweckt, hat die Notwendigkeit erhöhter Aktivität für die politisch-wirtschaftliche Gestaltung des Kontinents dargetan, und es ist deshalb die Aufgabe, nach dem guten englischen Wort, to make the best of it. Vorher freilich muß dieser vielverzweigte Komplex analysiert werden, um Absichten von unfreiwilligen Möglichkeiten zu sondern, um Ziel und Weg zu bestimmen, um schließlich Idee und politische Gegebenheiten mit einander in Einklang bringen zu können. Ist dieser Plan auch unerwartet aufgetaucht,